

11. Sozialistischer Aufbau im Reich des „Roten Duce“? SPD und Sowjetunion am Ende der Weimarer Republik

Nach dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller nahm die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen SPD und Sowjetunion ab. Dennoch waren die Entwicklung der Sowjetunion und ihre Perzeption für die deutsche Sozialdemokratie in den frühen dreißiger Jahren ein bedeutsamer Faktor, denn vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise erneuerten, wie Erich Matthias feststellte, Realität und Mythos des sowjetischen Fünfjahresplans die „Ausstrahlungskraft des bolschewistischen Beispiels der ‚Tat‘“¹. Nicht allein durch die kommunistische Propaganda mit den angeblichen oder tatsächlichen sowjetischen Aufbauleistungen wurde die SPD dazu gezwungen, sich mit der „zweiten Revolution“ zu befassen. Der Versuch, die Sowjetunion mit einem großen Sprung in ein Industrieland zu verwandeln, löste auch innerhalb der internationalen Sozialdemokratie eine kontroverse Diskussion darüber aus, ob der sowjetische Weg nicht doch zum Sozialismus führen könne.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie stand jedoch die immer bedrohlichere Gefährdung der Weimarer Republik durch die erstarkende NSDAP. In der Diskussion darüber, ob eine Einheitsfront mit der KPD zur Abwehr dieser Gefahr möglich sei, spielte ebenfalls die Beurteilung der Sowjetunion durch die SPD eine Rolle.

Stalins Durchbruch – sozialdemokratische Reaktionen

Anfang 1929 erschien ein in sozialdemokratischen Kreisen vielbeachtetes Buch des menschwissenschaftlichen Ökonomen Aron Jugow über „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“. In seiner detaillierten Bilanz der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung kam Jugow zu dem Ergebnis, daß in der Sowjetunion keine vergesellschaftete Wirtschaft, sondern lediglich ein schlecht funktionierender, bürokratischer Staatskapitalismus entstanden sei. Eine weitere Ausdehnung der Sphäre der privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse, die durch die NEP in begrenztem Maße wieder zugelassen worden war, stehe auf der Tagesordnung. Die nominell sozialistische Staatsführung sei durch die objektiven Verhältnisse gezwungen, „sich entweder für im vorhinein zum Mißerfolg verurteilte Maßnahmen („Linkskurs“) zu entscheiden oder die Politik dem Proletariat fremder und auch feindlicher Klassen zu verwirklichen.“² Nur die Liquidierung der Diktatur und der Abschied von einer utopischen Wirtschaftspolitik, die auf Verstaatlichung baue, wiesen laut Jugow einen Weg aus der krisenhaften Situation der Sowjetunion, wie sie um die Jahreswende 1928/29 offenkundig geworden war³.

Stalin war anderer Meinung. Er war entschlossen, den gordischen Knoten der sowjetischen Wirtschaftsprobleme nach Art Alexanders des Großen zu lösen. Das zeigte sich,

¹ Matthias, *Deutsche Sozialdemokratie und der Osten*, S. VI.

² A. Jugow: *Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme*. Dresden 1929, S. 356; vgl. auch A. Gurland: *Russische Probleme. Bemerkungen zu Jugows Rußland-Buch*, in: KK Nr. 5 vom 1. 3. 1929. (Gurland hatte Jugows russisches Manuskript ins Deutsche übersetzt.); A. Jugow: *Grundprobleme der russischen Volkswirtschaft*, in: DG 4 (1927) 2. Halbband, S. 419–454.

³ Ebenda, S. 371.

als im April 1929 von der 16. Parteikonferenz die Maximalvariante des ersten Fünfjahresplans beschlossen wurde, die gigantische Produktionssteigerungen vor allem in der Schwerindustrie vorsah. Und es offenbarte sich ferner, als im Herbst 1929 in einem schwindelerregenden Tempo die zwangsweise Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft einsetzte⁴.

Solchen Projekten hatte Jugow das unweigerliche Scheitern vorausgesagt, und diese Auffassung herrschte auch in der deutschen Sozialdemokratie. Die Lobpreisungen des Fünfjahresplans auf der Parteikonferenz vom Mai 1929 als „Poesie des Sozialismus“ aufgreifend, schrieb Peter Garwy im *Vorwärts*: „Der Wirtschaftsplan ist gewiß eine schöne Dichtung, aber der Warenhunger, die Brotkarten, das Schlangestehen, der Lohndruck, die Einschränkung der Anbaufläche ist die traurige Wahrheit.“⁵ Damit hatte Garwy den Grundton angeschlagen, der die Berichterstattung der deutschen sozialdemokratischen Publizistik über die forcierte Industrialisierung in der Periode des ersten Fünfjahresplanes vorwiegend prägte. Nicht die Erfolge des wirtschaftlichen Aufbaus standen in ihrem Zentrum, sondern die Entbehrungen, die er der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft aufbürdete⁶. Auch die Kollektivierung hatte keine gute sozialdemokratische Presse. Die *Leipziger Volkszeitung* schrieb, hinter der Parole „Kampf gegen den Kulak“ [= Großbauern, JZ] unter der sie durchgeführt werde, stehe in Wirklichkeit ein Kampf gegen den Fleiß. Die Kulaken seien mit deutschen Großbauern nicht zu vergleichen, sondern stellten die Gruppe russischer Bauern dar, die durch besonderen Fleiß ihren Wohlstand etwas über den Durchschnitt hätten heben können. Mit den von der Sowjetregierung eingeleiteten Maßnahmen werde das Niveau der Landwirtschaft künstlich gesenkt⁷.

Besonders aber entsetzte die Sozialdemokraten die Brutalität, die den neuen Kurs kennzeichnete, insbesondere die massenhaften Hinrichtungen, die Ende 1929 ein seit den Zeiten des Bürgerkrieges nicht mehr dagewesenes Ausmaß erreichten. Allein vom 1. Oktober bis 15. November 1929 waren 500 Erschießungen zu verzeichnen⁸. Im November 1929 protestierte das Büro der SAI gegen die Hinrichtungswelle⁹.

Im deutschsprachigen *Mitteilungsblatt der Russischen Sozial-Demokratie*, *RSD*, er-

⁴ Von Rauch, Sowjetunion, S. 205–216; Richard Lorenz: Die Sowjetunion (1917–1941), in: Fischer Weltgeschichte Bd. 31: Rußland. Frankfurt a.M. 1973, S. 271–353, hier S. 316–353.

⁵ Peter Garwy: Stalins Sieg, in: *Vorwärts* Nr. 212 vom 8. 5. 1929; „„Einholen und Überholen‘ in fünf Jahre!“ [sic!], SPK Nr. 5, Mai 1929. Alle Beiträge zur Sowjetunion in der SPK, die zumeist ohne Nennung des Autorennamens veröffentlicht wurden, stammten von Peter Garwy; vgl. Garwy an Karl Kautsky 30. 4. 1930; Nl. Kautsky, G 16,42–45.

⁶ Siehe dazu Heller, Geschichte der Sowjetunion, S. 216f.

⁷ „Der Kampf gegen den Kulak“, LVZ Nr. 14 vom 17. 1. 1930; vgl. auch: „Kampf um das Brot“, SPK Nr. 11, November 1929.

⁸ R. Abramowitsch: Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Mit einem Vorwort der Vorsitzenden der „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“, Senator Louis de Brouckère, Brüssel und Artur Crispian, MdR Berlin. Berlin 1930, S. 15; vgl. auch: „Terror in Permanenz“, SPK Nr. 11, November 1929; Emile Vandervelde: Stalins neue Terrorwelle, in: *Vorwärts* Nr. 79 vom 16. 2. 1930. „Stalin der Schreckliche“, *Vorwärts* Nr. 104 vom 3. 3. 1930; D. Dalin: Der kleine Bürgerkrieg, in: *RSD* Nr. 44 vom 7. 11. 1929; „Der Terror wütet in Rußland“, *RSD* Nr. 2 vom 9. 1. 1930; D. Dalin: Tausende von Hinrichtungen, in: *RSD* Nr. 4 vom 23. 1. 1930; „Bürgerkrieg in Vorbereitung“, *RSD* Nr. 9 vom 27. 2. 1930.

⁹ Protokoll vierter SAI-Kongreß, S. 40f.; SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929. Berlin 1930 [Nachdr. Berlin, Bonn 1976.], S. 260.

schien eine Reihe von Briefen aus Moskau, die eine bedrohliche Atmosphäre schilderten. Das Leben der Sowjetbürger sei mit zwei Dingen voll ausgefüllt: „die ‚Säuberung‘ zu überleben, ohne die Arbeitsstelle zu verlieren, und sich die Nahrung wenigstens für morgen und übermorgen zu sichern“¹⁰.

Aufmerksam registriert wurde in der SPD-Presse auch die Entmachtung der „rechten Opposition“ in der KPdSU um Bucharin, Rykow und Tomskij, die an der NEP hatte festhalten wollen. Unter dem Titel „Die Stalinisierung der russischen Gewerkschaften“ berichtete die *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* über die Absetzung des Gewerkschaftsvorsitzenden Tomskij. Zwar seien die sowjetischen Gewerkschaften auch schon zuvor der KPdSU unterworfen gewesen und hätten nur in Ausnahmefällen unter dem Druck ihrer Mitglieder Arbeiterinteressen vertreten, doch für die forcierte Industrialisierung, die mit „den schlimmsten Ausbeutermethoden der Intensivierung der Arbeit“ betrieben werde, sei selbst dies störend. „Die Entartung der Parteidiktatur in die persönliche Diktatur des russischen ‚Duce‘ führte unvermeidlich zum Verlust des letzten Schattens der Gewerkschaftsautonomie [...]“¹¹ Der Umbruch in der Sowjetunion forderte eine Reaktion der Sozialdemokratie heraus. Insbesondere der rechte Flügel der menschewistischen Emigration sah jetzt den Zeitpunkt gekommen, an dem die SAI aktiver in das sowjetische Geschehen eingreifen sollte. Die rechten Menschewiki reagierten auf die Renaissance des Kriegskommunismus, als der der neue Stalinsche Kurs vielen erschien, gewissermaßen mit einer Erneuerung von Axelrods Idee der sozialistischen Intervention¹². Statt Stellungnahmen von Fall zu Fall abzugeben, müsse die SAI die öffentliche Meinung des internationalen Proletariats mit einer planmäßigen Kampagne gegen Terror, religiöse Verfolgungen, die Unterdrückung von Arbeiter und Bauern, aber auch „gegen das gesamte System der bolschewistischen Diktatur und ihre Politik der utopistischen Experimente“ mobilisieren, forderten sie¹³.

Mit dieser Strategie hofften die rechten Menschewiki nicht nur demokratische politische Aktivitäten der Massen in der Sowjetunion anzufachen, sondern auch Illusionen über die sowjetische Entwicklung begegnen zu können, die sich ihrer Meinung nach in der westlichen Arbeiterbewegung erneut auszubreiten begannen. Als einen Urheber solcher „Illusionen“ sahen die rechten Menschewiki den in der SAI einflußreichen österreichischen Sozialisten Otto Bauer¹⁴. In der Tat war die Reaktion der österreichi-

¹⁰ „Politik im Sowjetalltag“, RSD Nr. 48 vom 5. 12. 1929; „Brief aus Moskau“, RSD Nr. 45 vom 14. 11. 1929; „Brief aus Moskau“, RSD Nr. 47 vom 28. 11. 1929.

¹¹ „Die Stalinisierung der russischen Gewerkschaften“, SPK Nr. 7, Juli 1929. Daß es in der Logik der Diktatur liege, daß die Entscheidungsgewalt auf immer engere Gruppen übertragen werde, hatte bereits 1926 R. Abramowitsch festgestellt: „Nach der Konferenz der KPdSU“, RSD Nr. 47 vom 23. 11. 1926; vgl. auch Theodor Dan: Der höchsterhabene Diktator, in: RSD Nr. 1 vom 3. 1. 1930.

¹² Siehe dazu S. 48.

¹³ Zur Position der rechten Menschewiki siehe „Položenie v Rossii i Zadači RSI. Tézisy opposicii“ [Die Lage in Rußland und die Aufgaben der SAI. Thesen der „Opposition“], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 16 vom 30. 8. 1930. Die Thesen waren schon im April verfaßt worden. Die Publikation im *Vestnik* war jedoch offensichtlich von der in der Redaktion dominierenden Mehrheitsgruppe aus politischen Gründen hinausgezögert worden; „Entwurf der Thesen über die russische Frage“, *Nl. Kautsky*, G 16, 103–111. Unterstützer waren u. a. Garwy, Bienstock und Woytynski.

¹⁴ Denkschrift von Aronson, Bienstock, Garwy u. a.; *Nl. Kautsky*, G 16, 42–45.

schen Sozialisten auf die neue Entwicklung in der Sowjetunion zwiespältig. So stellte die Wiener *Arbeiterzeitung* im Juli 1930 dazu fest, es sei „etwas Heroisches in diesem Versuch, eine ganze Generation der Zukunft zu opfern, ohne Rücksicht auf die schwersten Opfer von hundert Millionen Menschen den Sieg einer Idee zu erzwingen“. Ob daraus eine gefährliche Utopie werde, könne erst die Geschichte erweisen¹⁵.

Die Begeisterung für das große Experiment, das in der Sowjetunion abließ, beschränkte sich aber nicht auf marxistische Theoretiker. So wurde im Mai 1930 in einer Versammlung der Breslauer SPD nahezu einstimmig eine Resolution angenommen, in der ausgeführt wurde, daß die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Sowjetunion der Welt das Beispiel gäben, daß eine Gesellschaft auch ohne Kapitalisten existieren könne. Die Sozialdemokraten mußten den Skeptizismus gegenüber Sowjetrußland ablegen und die Einheit der Arbeiterklasse unter der Losung herstellen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch zum Schutz der Sowjetunion!“¹⁶

Der Vorstoß der rechten Menschewiki für eine Offensive der SAI gegen das System des Bolschewismus und die prosowjetischen Tendenzen in der Sozialdemokratie blieb schon in den Anfängen stecken. Da sie als Minderheit nicht für die russische sozialdemokratische Partei sprechen konnten, wurde ein von ihnen eingereichtes Memorandum vom SAI-Sekretär Friedrich Adler zurückgeschickt, ohne daß es von der SAI-Exekutive diskutiert worden wäre¹⁷.

So kam in der Internationale nur die SDAPR-Mehrheit zum Zug, die im Bolschewismus nach wie vor einen, wenn auch deformierten, revolutionären Faktor sah und sich auf die Kritik der Folgen seiner Politik beschränkte. In welche Richtung ihre Argumentation ging, hatte bereits eine die Sowjetunion betreffende Passage im Maiaufruf der SAI gezeigt, die von Theodor Dan verfaßt worden war. Die bolschewistische Diktatur entfremde sich die beiden tragenden Klassen der russischen Revolution, nämlich die Arbeiterklasse und die Bauernschaft, hatte es darin geheißen. Sie beschwöre damit die Konterrevolution herauf. Die sozialistischen Arbeiter Rußlands bemühten sich dagegen um die Demokratisierung des Sowjetstaates, durch die allein die drohende konterrevolutionäre Gefahr von der russischen Revolution abgewendet werden und die Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung geschaffen werden könnte¹⁸. Zur Exekutivtagung der SAI legte die Führungsgruppe der Menschewiki ein Memorandum vor, in dem die ökonomischen und politischen Gefahren des Stalinschen Kurses ausführlich beschrieben wurden und die im Mai-Aufruf gezeichnete Perspektive im einzelnen begründet wurde¹⁹. Das Ergebnis war eine Proklamation der SAI-Exekutive an die Arbeiter Rußlands, in dem eindringlich die Gefahr beschworen wurde, die Stalinsche Politik werde zu einer Kluft zwischen Bauernschaft und Arbeiter-

¹⁵ Zit. nach Löw, Otto Bauer, S. 154.

¹⁶ „Begeisterung für Sowjetrußland“, „Das Freie Wort“ (FW) Nr. 22 vom 1. 6. 1930.

¹⁷ P. Garwy an Karl Kautsky vom 30. 4. 1930, Nl. Kautsky G 16,42–45; Sekretariat SAI (F. Adler) an G. Aronson, 12. 5. 1930, Nl. Kautsky G 16, 82.

¹⁸ „An die Arbeiter aller Länder!“, LVZ Nr. 92 vom 19. 4. 1930.

¹⁹ „O sovremennom političeskom položenii v Sovetskom Sojuse. Memorandum Zagr. Deleg. RSDRP.“ [Über die gegenwärtige politische Lage in der Sowjetunion. Memorandum d. Ausl. del. d. SDAPR], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 9 vom 17. 5. 1930. Deutsch in: *Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land. Texte der Menschewiki zur russischen Revolution*. Hamburg 1981, S. 163–176. Ferner: Nl. Kautsky, G 16, 84–102.

klasse führen, und die Verzweiflung der Bauern werde von weißen Konterrevolutionären für ihre Zwecke mißbraucht werden. Parteilose und kommunistische Arbeiter sollten sich mit den Sozialisten zur Rettung der Revolution verbünden. Vor allem, so der Aufruf, müsse das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern wiederhergestellt werden. Dazu müsse mit der gewaltsamen Kollektivierung Schluß gemacht werden. Außerdem müßten Meinungs- und Organisationsfreiheit wieder eingeführt werden²⁰.

Der Aufruf, der vom *Socialističeskij Vestnik* als „historisches Dokument“ eingestuft wurde, weil sich damit die SAI erstmalig direkt mit einer grundsätzlichen Erklärung zum Kampf mit der bolschewistischen Diktatur an die Arbeiter Rußlands gewendet habe²¹, war einstimmig verabschiedet worden. Otto Bauer allerdings hätte das Thema am liebsten nicht auf der Tagesordnung gesehen²² und gehörte zu jenen Delegierten, die argumentierten, die Krise habe noch nicht den Punkt erreicht, an dem eine Intervention der SAI erforderlich sei²³. Dagegen sprachen sich Otto Wels und Artur Crispian von der SPD wärmstens für den russischen Vorschlag eines Manifestes an die russischen Arbeiter aus²⁴.

In einem Brief an Karl Kautsky würdigte Peter Garwy, daß sich die SAI erstmals an die Arbeiter Rußlands gewendet habe. Aber dem Inhalt nach sei der Aufruf eine Bestätigung der Position von Dan und Bauer. Im Forderungskatalog fehlten – wie Garwy meinte „kaum zufällig“ – die Freiheit des Gewissens – „(Religionsverfolgungen!)“, vermerkte Garwy dazu – und das Streikrecht. Es würden freie und geheime Wahlen gefordert, aber nicht gleiche und direkte, was auf eine Anerkennung des Rätessystems hinauslaufe, das doch nur der Deckmantel der Parteidiktatur sei. Der Grundfehler des Aufrufs sei, daß die utopistische Versuchspolitik nicht kritisiert werde²⁵.

Schon Ende April hatte Garwy Kautsky aufgefordert, öffentlich seine Meinung über die forcierte Industrialisierung, die Zwangskollektivierung und die Stellung der Sozialdemokratie kundzutun²⁶. Mit Theodor Dan hatte Kautsky 1929/30 brieflich ausführlich über die Zukunftsaussichten Sowjetrußlands und die Strategie der menschowistischen Emigration debattiert²⁷. Eingehend legte Kautsky seinen Standpunkt im Herbst 1930 in dem Büchlein „Der Bolschewismus in der Sackgasse“ dar²⁸. Darin geht es im wesentlichen um drei Fragen, nämlich die Verwirklichungschancen des Fünfjahresplans, den Charakter des bolschewistischen Regimes und die notwendige Strategie der demokratischen und sozialistischen Emigration Rußlands.

Die wirtschaftlichen Aussichten der Sowjetunion schätzte Kautsky äußerst negativ ein, so negativ, daß Garwy, der das Korrekturlesen von Kautskys Broschüre übernommen hatte, ihn darauf aufmerksam machte, daß gewisse quantitative Erfolge in der industriellen Entwicklung nicht zu bestreiten seien. Die Argumentation sollte vor allem

²⁰ Prot. Vierter SAI-Kongreß, S. 92 f.

²¹ „Istoričeskij dokument“, *Socialističeskij Vestnik* Nr. 10 vom 31. 5. 1930.

²² Uli Schöler: *Otto Bauer und Sowjetrußland*. Berlin 1987, S. 31.

²³ „Sessija ispolkoma RSI“ [Die Sitzung der SAI-Exekutive], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 10 vom 31. 5. 1930; Brief P. Garwy an K. Kautsky, 27. 5. 1930, *Nl. Kautsky*, G 16,50–53.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Garwy an Kautsky, 27. 5. 1930. In der geltenden Räteverfassung wogen Arbeiterstimmen mehr als die von Bauern.

²⁶ Garwy an Kautsky, 30. 4. 1930.

²⁷ Dan, *Letters*, S. 369–382, S. 395–398, S. 405–407 und S. 583–600.

²⁸ Karl Kautsky: *Der Bolschewismus in der Sackgasse*. Berlin 1930.

auf die Aussichtslosigkeit des Systems der Zwangswirtschaft allgemein hinauslaufen, ferner darauf, daß sie den Grundsätzen des Sozialismus widerspreche, weil sie keine Befreiung der Arbeitenden bringe²⁹.

Mit sicherem politischen Instinkt hatte Garwy erkannt, daß es gefährlich war, die Beurteilung des neuen sowjetischen Kurses von seinem ökonomischen Mißerfolg abhängig zu machen. Verließ die wirtschaftliche Entwicklung anders als vorhergesagt, mußte das weitreichende Konsequenzen für die eigene Ausgangsposition haben, wie sich im weiteren Verlauf der Diskussion noch zeigen sollte.

Bei Kautsky bestand jedoch nicht die Gefahr, daß er wegen ökonomischer Erfolge in der Sowjetunion seine grundsätzliche Position zum Bolschewismus änderte. „Die Kategorien, mit denen er die politisch-gesellschaftlichen Systeme beurteilte, waren die Kategorien der politischen Freiheit, der bürgerlichen Rechte, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Bewegungs- und Handlungsfreiheit für alle Parteien und der vollen Organisationsfreiheit für das Proletariat und die arbeitenden Schichten im allgemeinen“, stellt der Politikwissenschaftler Massimo L. Salvadori fest³⁰. Die weitere Einschränkung der Grundfreiheiten, die mit dem ökonomischen Umbruch in der Sowjetunion einherging, mußte Kautsky daher zu einer Verschärfung seines negativen Urteils über den Bolschewismus führen.

Kautsky ging über die etwas verschwommenen Warnungen vor der bonapartistischen Entartung der kommunistischen Diktatur hinaus und setzte sie eindeutig mit dem Faschismus gleich: „Der Faschismus ist aber nichts als das Gegenstück des Bolschewismus, Mussolini nur der Affe Lenins.“³¹ Aus dieser Voraussetzung mußte sich eine andere Strategie für die Demokratisierung der Sowjetunion ergeben, als sie im Aufruf der SAI vorgeschlagen worden war. Ein friedlicher Übergang, wie er darin skizziert worden war, schien Kautsky unwahrscheinlich. Er verwies darauf, daß selbst die beschränkten Zugeständnisse der NEP erst eine Folge des Kronstädter Aufstandes waren³². Seine Perspektive führte Kautsky zu ähnlichen Schlüssen wie die rechte Opposition der SDAPR. Wie sie meinte er, es müsse ein Bündnis zwischen Arbeitern, demokratisch und sozialistisch gesinnten Intellektuellen und Bauern angestrebt werden, das allein dem von ihm vorhergesagten antibolschewistischen Aufstand eine positive Richtung geben könne³³. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er forderte, dieses Bündnis solle gewissermaßen in der Emigration vorweggenommen werden. Die sozialistischen und demokratischen Organisationen der russischen Emigration sollten sich zusammenschließen, um die Zukunftsperspektiven ihres Landes zu diskutieren. Kautsky verwies dabei auf ähnliche Zusammenschlüsse der italienischen Emigration. Seiner Meinung nach kam der Emigration wegen ihrer Auslandserfahrung in der nachbolschewistischen Ära eine bedeutende Rolle zu³⁴.

²⁹ Peter Garwy an Karl Kautsky, 16. 7. 1930, Nl. Kautsky, G 16,54.

³⁰ Salvadori, Sozialismus und Demokratie, S. 420f.

³¹ Kautsky, Sackgasse, S. 102.

³² Ebenda, S. 105.

³³ Ebenda, S. 117.

³⁴ Ebenda, S. 119–132. Sehr skeptisch zur Rolle der Emigration äußerte sich dagegen Gregor Bienstock in einem Brief an Kautsky vom 3. 5. 1929. Die russische Sozialdemokratie sei inzwischen „kaum mehr als eine geheime Gesellschaft von Propagandisten“. Würde sie in die Lage kommen, politische Macht auszuüben, würde sie wegen des Sektenscharakters der verschiedenen Richtungen in ihr „kläglich scheitern“. Nl. Kautsky, G 16,24–27.

Kautskys Buch erschien im SPD-Verlag Dietz Nachfolger, jedoch war es, wie schon sein Memorandum von 1925 „Die Internationale und Sowjetrußland“, in weiten Teilen vorwiegend für ein sowjetisches Publikum geschrieben. Es wurde denn auch von Theodor Dan ins Russische übersetzt und mit einem kritischen Nachwort versehen³⁵. Für die deutsche Sozialdemokratie war vor allem Kautskys Bekräftigung der Wesensverwandtschaft von Bolschewismus und Faschismus bedeutsam. Dies mußte auch ihre Beurteilung der deutschen Kommunisten beeinflussen. Im August 1930, also kurz bevor Kautskys Buch erschienen war, hatte die KPD eine „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ veröffentlicht, in der sich starke Anklänge an den „Schlageter-Kurs“ des Jahres 1923 fanden³⁶ – Grund genug für die SPD, ihren Vorwurf der kommunistisch-faschistischen Einheitsfront zu erneuern. Die KPD werde nationalistischer als Hitler, erklärte der *Vorwärts*³⁷ und nannte die „Programmerkklärung“ der KPD das „Programm mit dem Fememörderjargon“³⁸. Kautskys Buch lieferte gewissermaßen den Beleg dafür, daß nicht nur die KPD, sondern auch das von ihr gepriesene „proletarische Vaterland“ mit dem Faschismus wesensverwandt war.

In der SPD-Theoriezeitschrift *Die Gesellschaft* kritisierte Raphael Abramowitsch nach dem Erscheinen von Kautskys Buch dessen Auffassung, der Bonapartismus sei in der Sowjetunion bereits Realität. „Die klassischen Formen des Bonapartismus, die Machtergreifung Napoleons I. und Napoleons III. bedeuteten jede in ihrer Art eine antidemokratische Liquidierung der Revolution durch aus der Revolution selbst hervorgegangene Kräfte im Interesse der durch die Revolution neugeschaffenen besitzenden Klassen“, definierte Abramowitsch den umstrittenen Begriff³⁹. Das Merkmal der besitzenden Klassen fehle aber in der Sowjetunion. Die mehreren Zehntausend führenden Funktionäre könnten nicht als solch eine Klasse eingestuft werden. „Wirklicher Bonapartismus für Rußland würde demnach bedeuten, daß die terroristische Diktatur der Bolschewiki mit kapitalistischem Inhalt erfüllt werde“, folgerte er⁴⁰.

Kautsky dagegen hielt solche Diskussionen über historische Analogien für fruchtlos. Mit fiktiven Schreckbildern werde dabei nur „die Wucht unseres Angriffs gegen die unerbittlichen Schrecknisse der Diktatur“ geschwächt⁴¹.

Sozialdemokratie auf der Anklagebank

Allzu groß war die von Kautsky beschworene „Wucht des Angriffs“ ohnehin nicht. Ein Anfang Oktober 1930 ergangener neuerlicher Aufruf der Menschewiki, gegen den

³⁵ Wolin, *Mensheviks under the NEP and in Emigration*, S. 323. Kautskys Buch wurde vom Dietz-Verlag in 4000 Exemplaren aufgelegt. Demgegenüber erreichte der von R. Abramowitsch verfaßte Bericht über die politischen Gefangenen in der Sowjetunion eine Auflagenhöhe von 25 000; SPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930*. Berlin 1931. [Reprint Berlin usw. 1976], S. 285.

³⁶ Heinrich August Winkler: *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*. Berlin usw. 1987, S. 182–185.

³⁷ „Ein neues kommunistisches Programm“, *Vorwärts* Nr. 396 vom 25. 8. 1930.

³⁸ „Die geborgte Ideologie“, *Vorwärts* Nr. 397 vom 26. 8. 1930.

³⁹ R. Abramowitsch: *Revolution und Konterrevolution in Rußland*. Das neue Kautsky-Buch über Rußland, in: DG 7 (1930), 2. Halbband, S. 532–541, hier: S. 536.

⁴⁰ Ebenda, S. 536 f.

⁴¹ Karl Kautsky: *Sozialdemokratie und Bolschewismus*, in: DG 8 (1931), 1. Halbband, S. 54–71, hier: S. 56 und S. 61.

Terror in Rußland zu protestieren, blieb praktisch ohne Resonanz⁴². Die anhaltende Wirtschaftskrise und der große Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 absorbierten die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie fast völlig.

Im November/Dezember fand in Moskau der große Schauprozeß gegen die sogenannte „Industriepartei“ statt. Angeklagt war eine Gruppe von acht Ingenieuren, der vorgeworfen wurde, eine illegale Partei gebildet und in Zusammenarbeit mit ehemaligen russischen Kapitalisten und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré die Intervention der kapitalistischen Staaten vorbereitet und Sabotage in der sowjetischen Industrie betrieben zu haben. In der sozialdemokratischen Presse fand der Prozeß nicht allzuviel Beachtung. Er wurde als Sündenbock-Manöver im Sinne des Šachty-Prozesses behandelt⁴³. Auch die im Anschluß an diesen Prozeß in der Sowjetunion einsetzende Kampagne gegen die internationale Sozialdemokratie wurde zunächst kaum registriert⁴⁴. Das änderte sich jedoch schlagartig, als bekannt wurde, daß in Moskau ein Prozeß gegen ein sogenanntes „Unionsbüro“ der Menschewiki vorbereitet wurde.

Das eigentümliche an dem Prozeß war, daß die 14 Angeklagten mit einer Ausnahme gar keine aktiven Sozialdemokraten waren. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um führende Mitarbeiter sowjetischer Wirtschaftsbehörden, die früher einmal zur SDAPR gehört, dann aber mit ihr gebrochen hatten, um sich als „Neutrale“ in den Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus der Sowjetunion zu stellen. Zu ihnen gehörten Vladimir Groman, der in der Staatlichen Planungskommission gearbeitet hatte, Vasillij Šer von der Staatsbank, der Direktor des Marx-Engels-Institutes und Altbolschewik D. B. Rjazanov und der Historiker N. Suchanov, der sich während der Revolution kurzzeitig zu den Menschewiki gerechnet hatte. Sie alle hatten mit dem tatsächlich existierenden Büro des ZK der SDAPR nichts zu tun. Das einzige Mitglied dieses Büros, das angeklagt war, war Ikov, der erst 1928 aus der Emigration nach Moskau zurückgekehrt war. Im Zentrum der Anklage stand aber nicht die tatsächliche Untergrundarbeit der Menschewiki. Vielmehr wurden die Angeklagten beschuldigt, das besagte „Unionsbüro“ im Jahre 1928 ins Leben gerufen zu haben, um systematische Sabotage zu betreiben, die ausländische Intervention vorzubereiten und schließlich die Sowjetregierung zu stürzen, an deren Stelle eine Koalition der Menschewiki mit der „Industriepartei“ und anderen Gruppen treten sollte. Angeleitet worden seien sie bei ihren Verbrechen von der Auslandsdelegation der SDAPR, die wiederum mit Wissen und erheblicher finanzieller Unterstützung der SPD und der SAI gehandelt habe. Alle Angeklagten waren geständig⁴⁵.

Die internationale Sozialdemokratie wies die Anschuldigungen mit Nachdruck zu-

⁴² „Die Terrorwelle steigt. Protestaktion der russischen Sozialdemokratie“, Vorwärts Nr. 472 vom 8. 10. 1930.

⁴³ „Stalin braucht Entlastung“, Vorwärts Nr. 551 vom 25. 11. 1930; „Ramsin und Genossen benadigt“, Vorwärts Nr. 575 vom 9. 12. 1930; „Der Moskauer Propaganda-Prozeß“, LVZ Nr. 286 vom 9. 12. 1930.

⁴⁴ „Die Lage in Sowjetrußland“, SPK Nr. 1, Januar 1931.

⁴⁵ Der sogenannte „Menschewiki“-Prozeß ist mehrfach beschrieben worden: Raphael Abramowitsch: Die Sowjetrevolution. Hannover 1963, S. 346–350; Broido, Lenin und the Mensheviks, S. 163–166; Conquest, The Great Terror, S. 552f.; Roy A. Medwedew: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Frankfurt a. M. 1973, S. 134f. und S. 140–156; Simon Wolin: The „Menshevik“ Trial of 1931, in: Haimson, The Mensheviks, S. 394–402; Ziehr, Schauprozeß, S. 176–190.

rück. Emile Vandervelde, der Vorsitzende der SAI-Exekutive, erklärte, sowohl die SAI als ganzes als auch die Menschewiki seien stets gegen die Intervention in Sowjetrußland aufgetreten⁴⁶. Der *Vorwärts* publizierte ausführliche Auszüge aus der Anklageschrift unter der dreispaltigen Schlagzeile „Lügenanklage gegen die Menschewiki“. Zum Beweis brachte er zugleich eine Erklärung Raphael Abramowitsch', in der dieser versicherte, entgegen den Behauptungen der Anklage sei er seit 1920 nicht mehr in Rußland gewesen. In der Darstellung des Anklägers Krylenko kam Abramowitsch eine zentrale Rolle zu. Er habe sich im Sommer 1928 in der Sowjetunion aufgehalten und die Gründung des „Unionsbüros“ veranlaßt⁴⁷.

Wie dies bei den Schauprozessen üblich war, wurde die Verhandlung gegen das „Unionsbüro“ von einer ausgedehnten Propaganda-Kampagne in der Sowjetunion begleitet, die von den kommunistischen Parteien auch in andere Länder getragen wurden. Diesmal entwickelte sich eine regelrechte Propagandaschlacht zwischen den Akteuren in Moskau samt ihren Anhängern im Ausland und der internationalen Sozialdemokratie.

Die kommunistischen Zeitungen in Deutschland gaben dem Prozeß breiten Raum und identifizierten sich natürlich mit den Behauptungen der Anklage. Dabei standen für sie die Vorwürfe, die im Rahmen des Prozesses gegen die SPD erhoben wurden, im Mittelpunkt des Interesses. Die *Leipziger Volkszeitung* zitierte ihr kommunistisches Konkurrenzorgan, die *Sächsische Arbeiter-Zeitung*, mit Schlagzeilen wie „Hilferding führt die Interventionskasse“ und „Die SPD finanziert die menschewistische Konterrevolution“⁴⁸. Auch Krylenkos Anklageschrift wurde von der KPD publiziert. Hermann Remmele, der später selbst ein Opfer des Stalinismus wurde⁴⁹, schrieb das Vorwort dazu. Er bezeichnete führende Politiker der internationalen Sozialdemokratie wie Vandervelde, Otto Wels, Fritz Adler und Rudolph Hilferding als die eigentlichen Angeklagten des Prozesses und bedauerte, daß sie sich „leider noch nicht physisch im Machtbereich der revolutionären Gerichtsbarkeit“ befanden. Eigens wies er darauf hin, daß Krylenko Kautskys Buch „Der Bolschewismus in der Sackgasse“ den Anklageakten beigelegt habe⁵⁰. Die deutschsprachige *Moskauer Rundschau*, die normalerweise wöchentlich erschien, berichtete in fünf Sonderausgaben, die im Abstand von ein bis drei Tagen herauskamen, ausführlich über den Verlauf des Prozesses⁵¹.

Während die Kommunisten Krylenkos Vorwürfe wiederholten, konterten die Sozialdemokraten mit neuen Fakten. Theodor Dan erläuterte, daß die Angeklagten, soweit sie der russischen Sozialdemokratie angehört hatten, fast ausnahmslos schon vor einem Jahrzehnt aus der SDAPR ausgetreten seien und dies auch öffentlich kundgetan hätten. Anders als bei früheren Schauprozessen führe diesmal nicht Wyßinski den Vorsitz, weil er zur selben Zeit wie die meisten Angeklagten die menschewistische Partei verlassen habe⁵².

⁴⁶ „Protest gegen Sowjetmethoden“, *Vorwärts* Nr. 97 vom 27. 2. 1931.

⁴⁷ „Lügenanklage gegen die Menschewiki“, *Vorwärts* Nr. 98 vom 27. 2. 1931.

⁴⁸ „Die Schändung der Revolution“, *LVZ* Nr. 58 vom 10. 3. 1931.

⁴⁹ *Conquest, Terror*, S. 429.

⁵⁰ Die Sozialdemokratie auf der Anklagebank. Die Interventions- und Schädlingsarbeit vor dem Moskauer Volksgericht. Hamburg 1931, S. 3 f.

⁵¹ Moskauer Rundschau Nr. 10 (= Sonderausgabe I) bis Nr. 15 (= Sonderausgabe V) vom 2. bis 12. 3. 1931. Fundort: Nl. Kautsky, H 40.

⁵² Theodor Dan: Moskau mordet das Recht! in: *Vorwärts* Nr. 99 vom 28. 2. 1931.

Der Vorstand der SPD, von dem in der Anklageschrift behauptet wurde, er habe der Auslandsdelegation der SDAPR 480000 Rubel zukommen lassen, wies diese Behauptung am 28. Februar zurück. Insbesondere habe man niemals irgendwelche Schädlingsarbeit oder Interventionsprojekte finanziell unterstützt. Die Behauptungen, die die russische Bruderpartei diskreditieren sollten, seien unsinnige Lügen⁵³.

Aus einer Erklärung der menschewistischen Auslandsdelegation vom selben Tag war zu ersehen, daß sich die SPD ihr gegenüber sogar besonders zugeknöpft gezeigt hatte. Speziell bei den Einnahmen der Jahre 1929/30, die sich, wie immer, aus Sammlungen unter Gesinnungsgenossen in Europa und den USA und aus Subventionen von Bruderparteien zusammensetzten, sei die SPD „nicht mit einer einzigen Mark vertreten“⁵⁴. Eindrucksvoller als diese Versicherungen war aber, daß Raphael Abramowitsch der Nachweis gelang, daß er zu der Zeit, als er laut der Anklageschrift in der Sowjetunion das Unionsbüros organisierte, sich in Wirklichkeit an einem Urlaubsort in Mecklenburg und anschließend beim dritten Kongreß der SAI in Marseille aufgehalten hatte.

Für den ersten Zeitraum konnte er zwei Zeugen benennen, für die Teilnahme am SAI-Kongreß war das nicht erforderlich, darüber hatte sogar die *Pravda* berichtet. Da Abramowitsch' angebliche Rußlandreise ein zentrales Element der Anklage war, wurde ihre Unmöglichkeit in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Agitation gestellt. Spöttisch fragte Abramowitsch angesichts dieses plumpen Regiefehlers, ob sich beim sowjetischen Geheimdienst nicht vielleicht ein „menschewistischer Schädling“ eingeschlichen habe⁵⁵. Die SAI, die im Mai eine Broschüre zu dem Moskauer Prozeß herausbrachte, die von der SPD in einer Auflage von 10000 Stück vertrieben wurde, setzte auf das Titelblatt ein Photo, das Abramowitsch im Kreise der Teilnehmer des SAI-Kongresses von Marseille zeigte⁵⁶.

Krylenko ließ seine Prozeßstrategie durch diese Störmanöver nicht durcheinanderbringen. Er erklärte die von Abramowitsch vorgebrachten Fakten schlichtweg für nicht beweiskräftig⁵⁷. Auch die Angeklagten, die man mit brutalen Folterungen zu ihren Selbstbezeichnungen bewegt hatte, hielten an ihren Aussagen fest⁵⁸. Obwohl Krylenko in fünf Fällen die Todesstrafe beantragt hatte, wurden schließlich nur Freiheitsstrafen verhängt. Sieben Angeklagte mußten zehn Jahre, die anderen sieben zwischen fünf und acht Jahren verbüßen⁵⁹.

Wie sehr der Menschewiki-Prozeß die in der SPD weit verbreitete Auffassung von der Zwillingenbruderschaft von Faschismus und Kommunismus bestärkte, zeigte ein-

⁵³ „Parteivorstand gegen Justizmord. Krylenkos Behauptungen sind unsinnige Lügen“, Vorwärts Nr. 100 vom 28. 2. 1931.

⁵⁴ „Gegen den Moskauer Justizmord“, Vorwärts Nr. 101 vom 1. 3. 1931.

⁵⁵ R. Abramowitsch: Meine Reise nach Moskau, in: Vorwärts Nr. 113 vom 8. 3. 1931; „Die Schändung der Revolution“, LVZ Nr. 58 vom 10. 3. 1931.

⁵⁶ Fritz Adler, Raphael Abramowitsch, Léon Blum, Emile Vandervelde: Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. Die Angaben zur Auflage und zum Erscheinungsmonat in: SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Berlin 1932 [Nachdr. Berlin usw. 1976], S. 187.

⁵⁷ „Das Urteil“, Moskauer Rundschau Nr. 14 (= Sonderausgabe IV) vom 11. 3. 1931.

⁵⁸ Vgl. dazu die Aussage, die der Angeklagte Michail Jakubowitsch 1967 an den Generalstaatsanwalt der UdSSR sandte, in: Medwedew, Wahrheit, S. 144–151.

⁵⁹ „Fünf Todesurteile beantragt“, Vorwärts Nr. 112 vom 7. 3. 1931; Ziehr, Schauprozeß, S. 184.

drucksvoll eine Großkundgebung der Berliner SPD unter dem Motto „Gegen Gewalt und Justizmord“. Mehr als 20000 Teilnehmer kamen dazu in den Sportpalast. Als Hauptredner traten zwei Exilierte auf: der italienische Sozialist Pietro Nenni und Raphael Abramowitsch, der über den „Menschewiki“-Prozeß sprach. Otto Wels stellte in seiner Eröffnungsansprache fest, an diesem Abend säßen die faschistische und die bolschewistische Diktatur, die viele Berührungspunkte hätten, gemeinsam auf der Anklagebank des internationalen Proletariats⁶⁰. In dieselbe Kerbe hieb Raphael Abramowitsch: „In dem Augenblick, wo die internationale Arbeiterklasse im Entscheidungskampf gegen den Faschismus steht und mehr denn je ihre ganze Energie, ihre ganze Konzentrierungsfähigkeit braucht, springt der Bolschewismus diesem seinem Verbündeten bei und spaltet die Arbeiterklasse durch diesen unglückseligen verhängnisvollen Prozeß.“⁶¹

Tatsächlich war der „Menschewiki“-Prozeß der vorläufige Höhepunkt der 1928 begonnenen verschärften Kampagne gegen die Sozialdemokratie. In Deutschland fand er seine Entsprechung in der Beteiligung der KPD an dem vom rechtsextremen „Stahlhelm“ initiierten Volksentscheid gegen die preußische Regierung im Sommer 1931. Die Teilnahme war der KPD, die sie ursprünglich ablehnte, vom EKKI auferlegt worden⁶².

Schwerindustrielle im Krenl

Für zusätzliche Erbitterung über die Sowjetunion sorgte bei den deutschen Sozialdemokraten, daß gleichzeitig mit dem „Menschewiki“-Prozeß eine hochrangige Delegation von Vertretern der deutschen Schwerindustrie auf Einladung der sowjetischen Regierung in die UdSSR gereist war. In der 17köpfigen Delegation waren alle namhaften deutschen Firmen dieses Industriezweiges vertreten. Es handelte sich, wie Günther Rosenfeld schreibt, „bei den Delegationsteilnehmern um Konzernherren, die die politische Entwicklung Deutschlands maßgebend bestimmten“⁶³. Die *Leipziger Volkszeitung* drückte sich etwas undiplomatischer aus: „Es ist also der Teil der Industrie, der politisch und sozial reaktionärste und, weil gleichzeitig auch der bestorganisierte, im Reichsverband [der Deutschen Industrie, JZ] führend ist.“ Die Delegation sei nicht nach ökonomischen, sondern nach politischen Kriterien zusammengestellt worden. Die Sowjetunion suche einen politischen Rückhalt für den Fall, daß unter amerikanischer Führung eine internationale konzertierte Aktion gegen ihre Dumpingexporte zustandekommen sollte. Während die KPD mit ihrer antigewerkschaftlichen Politik den Kampf der Arbeiterklasse gegen die „Trustmagnaten“ schwäche, verbünde sich die Sowjetunion mit diesen zur Durchführung des Fünfjahresplanes. „Fürwahr ein anmutiges Spiel mit verteilten Rollen!“ kommentierte das Leipziger SPD-Blatt⁶⁴. Denselben Ton schlug

⁶⁰ „Gegen Gewalt und Justizmord!“, Vorwärts Nr. 103 vom 3. 3. 1931; „Mitingi i sobranija“ [Treffen und Versammlungen], Socialističeskij Vestnik Nr. 6/7 vom 3. 4. 1931.

⁶¹ „Zum Moskauer Prozeß. Prozeß gegen die Arbeiterklasse“, RSD Nr. 10 vom 5. 3. 1931.

⁶² Winkler, Katastrophe, S. 385–391.

⁶³ Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 401. Die Namensliste der Teilnehmer ebenda, S. 400f.

⁶⁴ „Stalins Bündnis mit der Schwerindustrie“, LVZ Nr. 46 vom 24. 2. 1931.

der *Vorwärts* in seiner Berichterstattung an⁶⁵, und Otto Wels erklärte bei der großen Berliner Kundgebung vom 2. März: „Vielleicht ladet man die Herren Borsig, Koettgen und Poensgen in eine Ehrenloge als Zuschauer [des „Menschewiki“-Prozesses, JZ] ein. Die Herren werden ihre Freude daran haben, wie sie, die den Nationalsozialisten ihre Unterstützung leihen, die Bolschewisten gegen Sozialdemokraten vorgehen sehen.“⁶⁶

Die *Rote Fahne* hielt der sozialdemokratischen Polemik entgegen, die deutschen Kapitalisten wollten sich in Moskau Aufträge erbetteln⁶⁷. Die *Moskauer Rundschau* erklärte etwas distinguiert, die Industriellen hätten durch die Annahme der sowjetischen Einladung „eindeutig für ein Gelingen des Fünfjahresplans votiert und ihren Wunsch, zu diesem Erfolg beizutragen, gezeigt“⁶⁸. Trotz ihrer recht derben Ausdrucksweise hatte die *Rote Fahne* die Motive der Industriellen präziser beschrieben. In einer Besprechung mit Mitgliedern der Reichsregierung führten diese aus, ihre Auftragslage sei unbefriedigend. In der Sowjetunion aber winke ein Auftragsvolumen von 300 Millionen Mark. Das, so rechneten die Industriellen vor, würde die Einstellung von 100000 Arbeitern ermöglichen. Allerdings verlangten die Sowjets einen erneuten Kredit in derselben Höhe. Die Industriellen erklärten, dieser sei zu beschaffen, verlangten aber eine 70prozentige Ausfallgarantie⁶⁹.

Wenn bereits vier Wochen später ein entsprechendes Abkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen wurde⁷⁰, das auch einen bedeutenden Anstieg der deutschen Exporte in die UdSSR zur Folge hatte⁷¹, so war dies gewiß kein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. Sie war den Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion gegenüber äußerst skeptisch. Der *Vorwärts* berichtete wiederholt über Firmen, die sowjetische Aufträge angenommen hatten, bei denen die Preise von den Auftraggebern so stark gedrückt worden waren, daß die Betriebe nun zu Lohnkürzungen schritten⁷². Der Reichstagsabgeordnete und Nationalökonom Kurt Heinig kritisierte vor allem die geplante Reichsgarantie für das Rußlandgeschäft. Der größte Teil des Risikos werde damit auf die öffentliche Hand abgewälzt. „Warum ist sie nur am Risiko beteiligt und nicht auch am Gewinn?“ fragte er⁷³. Julius Kaliski spitzte das Argument in den *Sozialistischen Monatsheften* noch zu und stellte fest, die Bestellungen der UdSSR könnten nur unter Bedingungen erfolgen, „die mit einer Finanzierung dieser Aufträge durch Deutschland

⁶⁵ „Die neuesten Moskaupilger“, *Vorwärts* Nr. 95 vom 26. 2. 1931. Karikaturen: „Die Industriellen in Moskau“, *Vorwärts* Nr. 103 vom 3. 3. 1931; „Die Industriellen amüsieren sich in Moskau“, *Vorwärts* Nr. 113 vom 8. 3. 1931, auch wiedergegeben bei Müller, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 295 f.

⁶⁶ „Gegen Gewalt und Justizmord!“, *Vorwärts* Nr. 103 vom 3. 3. 1931. Die Versuchung zur Polemik ließ Wels offenbar vergessen, daß es sich bei den meisten Angeklagten im „Menschewiki“-Prozeß gar nicht um Sozialdemokraten handelte.

⁶⁷ „Warum fährt Borsig nach Moskau?“, *FW* Nr. 10 vom 8. 3. 1931.

⁶⁸ „Nach der Reise der deutschen Industriellen“, *Moskauer Rundschau* Nr. 16 vom 15. 3. 1931.

⁶⁹ *ADAP*, Serie B, Bd. 17: 1. März bis 30. Juni 1931. Göttingen 1982, Nr. 14, S. 38–40; Dyck, *Weimar Germany*, S. 223 f.

⁷⁰ Dyck, *Weimar Germany*, S. 224.

⁷¹ Vgl. die Tabelle in: *Deutsche Geschichte in Daten*. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin (O) 1967, S. 607.

⁷² „Moskau drückt deutsche Löhne“, *Vorwärts* Nr. 122 vom 13. 3. 1931; „Rußland-Aufträge“, *Vorwärts* Nr. 147 vom 28. 3. 1931; vgl. auch „Neue Rußlanddelegation“, *Vorwärts* Nr. 125 vom 15. 3. 1931, 3. Beilage.

⁷³ „Rußlandgeschäft und Reichsgarantie“, *FW* Nr. 16 vom 19. 4. 1931.

identisch wären“. Kredite für die Sowjetunion seien ökonomisch nicht zu rechtfertigen, ihr eigentlicher Grund sei außenpolitischer Natur⁷⁴.

Im Oktober 1931 zog der Sekretär des ADGB, Wilhelm Eckert, eine ernüchternde Bilanz des Rußlandgeschäftes und verwies insbesondere auf den negativen Handelsbilanzsaldo der Sowjetunion. Es sei sinnvoller, vorhandene Reichsmittel in Deutschland einzusetzen, als daß sie der Wirtschaft früher oder später in Rußland verlorengingen⁷⁵. Ein halbes Jahr später allerdings sahen sich die freien Gewerkschaften zu einer Maßnahme gedrängt, die dieser Einschätzung geradewegs zuwiderlief. Das Auswärtige Amt hatte vorgeschlagen, die Finanzierungsschwierigkeiten des 300-Millionen-Kredits durch eine Exportanleihe zu überwinden. Die Arbeiter der Firmen, die für den Export in die Sowjetunion produzierten, sollten einen Teil ihres Lohnes in Form von Anleihestücken erhalten. Das AA warb beim ADGB um Einverständnis. Trotz verschiedener Vorbehalte konnte er sich dem nicht gänzlich entziehen, da die anderen Gewerkschaftsrichtungen und die Belegschaften der betroffenen Betriebe schon ihre Zustimmung erklärt hatten⁷⁶.

Die wachsende Bedeutung der Sowjetunion für den deutschen Export und die steigende Arbeitslosigkeit im Reich drängten die Zweifel am „Russengeschäft“ mehr und mehr zurück. So ließ die *Gewerkschaftszeitung* am 3. September 1932 R. von Ungern-Sternberg mit Ausführungen über „Arbeitsbeschaffung und Außenpolitik“ zu Wort kommen, in denen die antisowjetische Politik der Regierung Papen und der NSDAP kritisiert und die Fortsetzung der Rapallo-Politik im Hinblick auf Arbeitsbeschaffung gefordert wurde⁷⁷.

Neuer Sonnenaufgang im Osten? Die Debatte über den Fünfjahresplan

„Eine Depression liegt über Deutschland und eine Sehnsucht. Wir sind bedrückt durch die offenbare Not des Tages, der keine sichtbare Kraft entgegenwirkt. Wir sehnen uns nach einer klaren Linie gesellschaftlichen Aufbaues, die dem brüchigen Gelände unserer Zeit neue Fundamente und Träger gibt. Hier aber ist zugleich die empfindliche Stelle unseres Wesens, auf die lockend und verheißend der Ruf trifft, den täglich der Moskauer Sender über Europa funkt: An alle, an alle! Aus Rußland wetterleuchtet heute dank einer sehr geschickten Propaganda das Leuchtfeuer eines Konstruktivismus, den wir bei uns zu vermissen meinen. Die Eindeutigkeit einer Zielsetzung, die Logik einer Idee, die den Staat beherrscht, eine scheinbar unbeirrte dogmatische Staatspraxis erscheint auch uns als ein ernsthaftes Rezept zur Gesundung des erkrankten gesellschaftlichen Organismus. [...] Rußland in seiner Projektion auf Europa empfiehlt sich als das Land des produktiven Aufstiegs, im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern des Niedergangs.“⁷⁸

⁷⁴ Julius Kaliski: Die deutsch-bolschewistische Politik, in: SM vom 13. 4. 1931, S. 329–334, hier: S. 330f.

⁷⁵ Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik. Bearb. von Peter Jahn. Köln 1988. Dok. 56: 2. 10. 1931: Sitzung des Bundesausschusses, S. 396–409, hier: S. 401.

⁷⁶ Ebenda, Dok. 80: 9. 3. 1932: Sitzung des Bundesvorstandes, S. 525f. und Dok. 84: 12. 4. 1932: Sitzung des Bundesausschusses, S. 540–544.

⁷⁷ R. v. Ungern-Sternberg: Arbeitsbeschaffung und Außenpolitik, in: *Gewerkschaftszeitung* Nr. 36 vom 3. 9. 1932.

⁷⁸ Herbert und Elsbeth Weichmann: Alltag im Sowjetstaat. Berlin 1931, S. 6.

Anschaulich haben der sozialdemokratische Oberregierungsrat im Preußischen Staatsministerium Herbert Weichmann und seine Frau Elsbeth die Stimmung beschrieben, die im Deutschland des Jahres 1931 vor allem unter linken Intellektuellen und in der Arbeiterschaft immer mehr um sich griff. Die Beobachtungen, die sie auf ihrer Reise durch Rußland machten, bestärkten sie allerdings in der Überzeugung, daß die hoffnungsvollen Blicke nach Osten auf ein Wunschbild und nicht auf die sowjetische Realität gerichtet waren⁷⁹. Das Bild von Elend und Desorganisation, das sie in ihrem Buch „Alltag in Sowjetrußland“ zeichneten, führte sogar zu einem Protest der sowjetischen Botschaft⁸⁰.

Die kommunistische Propaganda bemühte sich dagegen nach Kräften, den Kontrast zwischen der Wirtschaftskrise im bürgerlich-demokratischen Deutschland und dem „sozialistischen Aufbau“ im Lande der proletarischen Diktatur herauszustreichen. Seit der Fünfjahresplan angelaufen war, wurde er von der KPD-Presse in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung gestellt und in einer Vielzahl von Broschüren gepriesen⁸¹. „Die Sowjetunion zeigt Euch den Weg!“ lautete die Botschaft, die den deutschen Arbeitern vermittelt werden sollte⁸², und das war, wenn man den Behauptungen der KPD Glauben schenkte, ein Weg, der sich lohnte: „Der Reallohn der Arbeiterschaft wird innerhalb der nächsten 13 Jahre auf das Vier- und Fünffache der heutigen Löhne gesteigert werden. Dem heutigen Siebenstundentag wird 1938 der Sechsstundentag und ab 1943 der Fünfstundentag folgen. Jede Erwerbslosigkeit wird der Vergangenheit angehören, und alle Personen im Alter von unter 20 Jahren und über 50 Jahren werden von jeder Arbeit befreit werden.“⁸³

Erneut sah sich die SPD einer auch auf ihre Anhängerschaft gerichteten kommunistischen Propagandaoffensive gegenüber, bei der die Anziehungskraft des sowjetischen Modells ausgenutzt wurde. Sie konterte mit einer Berichterstattung, in deren Mittelpunkt die Belastungen standen, die die forcierte Industrialisierung den Arbeitern in der Sowjetunion auferlegte, und in der die Zahlenangaben über Fortschritte des industriellen Aufbaus kritisch hinterfragt und interpretiert wurden. Die Artikel, Bücher und Broschüren befaßten sich vorrangig mit der durch Industrialisierung und Kollektivierung verschlechterten Ernährungs- und Wohnungssituation, mit Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit, mit der zunehmenden Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter, mit dem Verhältnis von Nominal- und Reallöhnen, mit der Nichteinhaltung von Planvorgaben, mit der Behauptung, in der Sowjetunion sei die Arbeitslosigkeit beseitigt und der Abschaffung der Arbeitslosenversicherung. Zuweilen schilderten

⁷⁹ Ebenda, S. 150.

⁸⁰ Erdmann/Grieser, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 419f.

⁸¹ Wilhelm Braun: Sowjetrußland zwischen SPD und KPD. Eine Untersuchung zum Problem des gegenseitigen Verhältnisses von SPD und KPD in den Jahren des Zerfalls der Weimarer Republik (1930–1933) Phil. Diss. (masch.) Tübingen 1959, S. 80f.; Mentzel, Publizistik, S. 279–281.

⁸² „3 Millionen fordern Arbeit und Brot“. Berlin o.J. [1931], S. 15.

⁸³ „Was ist der Fünfjahrplan?“ Berlin o.J. [1930], S. 14. Weitere Titel der Broschürenreihe zum Fünfjahresplan: Turksib. 1442 Kilometer für den Fünfjahrplan. Berlin o.J. [1930]; Der Fünfjahrplan und seine Feinde. Berlin o.J. [1931]. Auf dem Deckblatt der letztgenannten Broschüre wird ferner für folgende weitere Titel des Internationalen Arbeiter-Verlages geworben: „Die befreite Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan.“ „Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“. Putz: Der Bauer mit dem Traktor. Kollektiv-Wirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion. Der Preis der Broschüren betrug je 10 Pfennige.

Deutsche, die von Arbeitsaufenthalten in der Sowjetunion zurückkehrten, ihre – meist negativen – Erfahrungen, vor allem aber wurde die sowjetische Presse ausgewertet, wobei wie stets die *Menschewiki* und ihr Mitteilungsblatt *RSD* eine große Rolle spielten⁸⁴.

Aber die sozialdemokratische Kritik, mochte sie noch so viel sowjetisches Zahlenmaterial verwerten, beschränkte sich doch immer auf die Ablehnung, während die kommunistische Propaganda bemüht war, Hoffnungen zu wecken. In einer Zeit, in der sich die Wirtschaftskrise verschärfte und die Arbeitslosigkeit zunahm, die SPD sich aber in der Zwangslage befand, zur Abwehr einer Regierungsbeteiligung der NSDAP das Kabinett Brüning tolerieren zu müssen, das ihr die Zustimmung zu bei der Parteibasis äußerst unpopulären Maßnahmen wie etwa dem Bau des Panzerkreuzers *B* aufzwang⁸⁵ – in solch einer Zeit waren Hoffnung und positive Perspektiven mehr gefragt als noch so fundierte Kritik. Diese Tatsache sollte sich auch in der SPD bemerkbar machen.

„Es gibt [...] für den demokratischen Sozialismus nichts Gefährlicheres, als unter dem Eindruck des Zahlenrausches vor bolschewistischen „Erfolgen“ schwindlich [sic!] zu werden und die Identifizierung des bolschewistischen Experiments mit dem Sozialismus gutzuheißen“, hatte die *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* bereits im Herbst 1930 gewarnt⁸⁶. 1931 wurde diese Gefahr insbesondere unter dem Einfluß der Schriften des Österreicherers Otto Bauer in der SPD aktuell. Aber schon bevor die Linksopposition in der SPD den „österreichischen Bazillus“ systematisch einzuschleppen begann, waren ähnliche Gedankengänge in der Partei durchaus virulent gewesen.

⁸⁴ Z. B. Peter Garwy: Das gelobte Land. Abbau der Sozialpolitik in Rußland – Sozialdemagogie für das Ausland, in: *Vorwärts* Nr. 73 vom 13. 2. 1930; „Russische Wirtschaftskatastrophe“, *Vorwärts* Nr. 115 vom 9. 3. 1930; „Sowjetrussische Momentbilder. Russische Arbeiter über ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse“, *Vorwärts* Nr. 242 vom 25. 5. 1930, 2. Beilage; „Sowjetrussisches Hungerdrama“, *Vorwärts* Nr. 311 vom 6. 7. 1930, 2. Beilage; „Russisches Industriefiasco“, *Vorwärts* Nr. 369 vom 9. 8. 1930; „Aus dem Sowjetparadies zurück. Zwei Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet erzählen“, *Vorwärts* Nr. 388 vom 20. 8. 1930; „Land ohne Arbeitslose“, *Vorwärts* Nr. 417 vom 6. 9. 1930; „Leibeigene des Fünfjahresplans“, *Vorwärts* Nr. 428 vom 12. 9. 1930; „Löhne in Sowjetrußland“, *Vorwärts* Nr. 121 vom 13. 3. 1931; „Wird der Fünfjahresplan gelingen?“, *Vorwärts* Nr. 182 vom 14. 4. 1931; „Das Rätsel des Arbeitermangels in Sowjetrußland“, *Vorwärts* Nr. 381 vom 16. 8. 1931; „Verschärfte Ausbeutung in Sowjetrußland“, *LVZ* Nr. 206 vom 4. 9. 1930, 1. Beilage; Olga Domanewskaja: Gefährliche Tendenzen, in: *LVZ* Nr. 217 vom 17. 9. 1930; „Stalins kapitalistischer Kurs“, *LVZ* Nr. 156 vom 8. 7. 1931; „Das Versagen der Stalinschen Versuchspolitik und die neue Terrorwelle in Rußland“, *SPK* Nr. 10, Oktober 1930; „Sofortiger Sozialismus“, wie er nicht sein soll“, *SPK* Nr. 11, November 1930; „Ein Blick ins ‚Paradies der Arbeiter‘“, *SPK* Nr. 2, Februar 1931; „Die Lage der Arbeiter unter dem Fünfjahresplan“, *SPK* Nr. 5, Mai 1931; *SPD* Groß-Leipzig: Das kapitalistische Sowjetrußland. Leipzig 1930; Raphael Abramowitsch: Wandlungen der bolschewistischen Diktatur. Berlin 1931; A. Jugow: Fünfjahresplan. Mit einem Nachwort von Theodor Dan. Berlin 1931 (Die Broschüren von Abramowitsch und Jugow erschienen im Sommer 1931 im *SPD*-Verlag Dietz Nachfolger in einer Auflage von 20000 beziehungsweise 5000 Stück; *SPD*-Parteivorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Berlin 1932 [Nachdr. Berlin usw. 1976.], S. 187.); Otto Mänchen-Helfen: Rußland und der Sozialismus. Von der Arbeitermacht zum Staatskapitalismus. Berlin 1932.

⁸⁵ Winkler, *Katastrophe*, S. 288–305.

⁸⁶ „Das Ergebnis des Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, *SPK* Nr. 8/9, August/September 1930. „Schwindlig vor Erfolg“ war der Titel eines Artikels, mit dem Stalin am 2. 3. 1930 in der „*Pravda*“ das Signal gab, die gewaltsame Kollektivierung abzubremsen, weil sie in katastrophale Zustände zu münden drohte; Heller, *Sowjetunion*, S. 228.

Dies zeigte sich an einer Reaktion auf zwei Artikel Felix Stössingers im *Freien Wort*. Stössinger, Redakteur der *Sozialistischen Monatshefte*⁸⁷, berichtete im SPD-Diskussionsorgan wiederholt und äußerst erbittert über das Schicksal obdachloser, verwahrloster Kinder in der Sowjetunion und verband dies mit einer grundsätzlichen Kritik des Sowjetstaates⁸⁸. In einer Zuschrift warf daraufhin das Berliner SPD-Mitglied Theodor Schwieger Stössinger Gehässigkeit gegenüber der Sowjetunion vor. Bei deren Beurteilung müsse die Erblast von Zarismus, Welt- und Bürgerkrieg berücksichtigt werden. So „gigantische Ideen“ wie der Fünfjahresplans ließen sich selbstverständlich nur unter größten Entbehrungen verwirklichen. „Wir bestimmen unsere Kampfmethoden zur Erreichung des Sozialismus selbst gemäß unserer demokratischen Tradition. Aber gerade deshalb dürfen wir auch nicht den Vormund Sowjetrußlands spielen wollen“, schrieb Schwieger und drückte seine Hoffnung aus, „daß dort der Bolschewismus die Übergangsstufe zum Sozialismus werde“⁸⁹.

Das entsprach exakt den Gedankengängen, die Otto Bauer 1931 entwickelte. Beeindruckt durch unleugbare, wenn auch unter den Planvorgaben bleibende Erfolge der sowjetischen Industrialisierung, kam Bauer zu der Ansicht, es sei nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß in der Sowjetunion eine nichtkapitalistische, staatlicher Planung unterworfenen und hochentwickelten Wirtschaft entstehe. Die Entbehrungen, die der Bevölkerung dazu auferlegt werden müßten, könne aber nur eine Diktatur durchsetzen. Wenn jedoch als Folge der Industrialisierung auch eine umfangreiche Konsumgüterproduktion entstehe und der Wohlstand wachse, werde die Diktatur funktionslos und unter dem Druck der Bevölkerung schrittweise demokratisiert werden, was schließlich die Vollendung des Sozialismus bedeute. Das Gelingen des Fünfjahresplans wäre somit eine Stärkung der Arbeiterbewegung der ganzen Welt⁹⁰.

Otto Bauers Thesen bedeuteten einen Bruch mit herkömmlichen sozialdemokratischen Anschauungen, wie sie sich noch in dem SAI-Aufruf an die russischen Arbeiter vom Mai 1930 manifestiert hatten. Darin war ja die Erhöhung der konterrevolutionären Gefahr durch die Stalinsche Politik beschworen worden. Jetzt erklärte Otto Bauer das genaue Gegenteil. Er löste damit eine internationale Diskussion aus, die in der Literatur schon des öfteren behandelt wurde⁹¹. Hier sollen daher nur die wesentlichen Argumente und Positionen skizziert und ihre Auswirkungen auf die SPD geschildert werden.

⁸⁷ Freundl. Auskunft von Fritz Heine, Bad Münstereifel (Brief vom 26. 1. 1990).

⁸⁸ Felix Stössinger: Kinderelend in Sowjetrußland, in: FW Nr. 31 vom 3. 8. 1930; ders.: Münzenberg bestätigt die Sowjetkinderhölle, in: FW Nr. 3 vom 18. 1. 1931.

⁸⁹ Theodor Schwieger: Unsere Einstellung zu Sowjetrußland, in: FW Nr. 5 vom 1. 2. 1931.

⁹⁰ Löw, Otto Bauer, S. 163–165; Schöler, Otto Bauer, S. 31–33; Peter Kulemann: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Hamburg 1984, S. 289–291.

⁹¹ Löw, Otto Bauer, S. 165–173; Braun, Sowjetrußland, S. 102–112; Gerd Storm, Franz Walter: Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen „Dritten Weg“ zum Sozialismus? Berlin 1984, S. 99–112; Giovanni Battista Gardoncini: Die Sowjetunion im Urteil der Austromarxisten, in: Detlev Albers, Josef Hindels, Lucio Lombardo Radice (Hrsg.): Otto Bauer und der „Dritte“ Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten. Frankfurt usw. 1979, S. 99–116; Abramowitsch, Sowjetrevolution, S. 326–329; Wolin, Mensheviks under the NEP and in Emigration, S. 326–328; André Liebich: Marxism and Totalitarianism. Rudolf Hilferding and the Mensheviks, in: Dissent 34 (1987), S. 223–240, hier: S. 226 f.

In Deutschland gab die linke Opposition in der SPD den Anstoß zur Debatte. Der *Klassenkampf* brachte Mitte Februar 1931 einen Auszug aus der Wiener *Arbeiterzeitung*, in dem die wesentlichen Gedanken, wie sie Bauer entwickelt hatte, wiedergegeben wurden. Es sei noch nicht ausreichend erkannt worden, welche bedeutende Rolle die Sowjetunion und der Fünfjahresplan für den Kampf der Arbeiterklasse um die Überwindung der Weltwirtschaftskrise spielten, erklärte die Redaktion der Zeitschrift in einer Vorbemerkung⁹². Einer der führenden Köpfe der Linksoption, der Reichstagsabgeordnete und Leiter der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bad Dürrenberg, Georg Engelbert Graf, lehnte sich in einer eigenen Schrift an Otto Bauers Thesen an. Das Gelingen des Fünfjahresplanes scheine sicher, nicht zuletzt wegen der großen Leidens- und Begeisterungsfähigkeit des russischen Volkes, führte er aus, und erklärte unter Berufung auf Bauer, aber auch auf Bertrand Russell, daß die Minderheitendiktatur, die sich auf Gewalt und Terror stütze, „den historischen Bedingungen in Rußland wenigstens für die Gegenwart entspricht“⁹³. Im April machte Albert Maurüber im *Klassenkampf* klar, welche Konsequenzen aus der neuen Einschätzung der Sowjetunion zu ziehen seien. Wenn, wie Bauer erklärt habe, das Gelingen des Fünfjahresplans der Arbeiterbewegung in allen Ländern nützen, sein Scheitern ihr aber schaden würde, dann habe die Arbeiterschaft aktiv am Gelingen des Planes mitzuarbeiten. „Daß die Formen für unser Mittun schwierig zu finden sind, ist richtig“, räumte Maurüber ein. Jedenfalls müsse die SAI die Sowjetunion nach Kräften unterstützen, forderte er⁹⁴. Auf dem Leipziger Parteitag der SPD, der vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 stattfand, hielt Otto Wels es für geboten, auf die Diskussion einzugehen. Er habe vor kurzem einen Brief von Karl Kautsky erhalten, in dem dieser auf die „wirren Meinungsverschiedenheiten“ in den Reihen der Arbeiterschaft hingewiesen habe, erklärte Wels in seiner Eröffnungsansprache:

„Wir müssen das große Erbe unbeirrt festhalten. Das Wort war für mich nicht notwendig, aber ich sage es hier, weil ich weiß, wie viele es gibt, die schwanken, die nach anderen Wegen suchen, als die, die wir seit Jahrzehnten gegangen sind. Parteigenossen, es gibt niemand in der deutschen Sozialdemokratie, der dem großen Experiment, das die Bolschewisten in Rußland unternommen haben, der Durchführung des Fünfjahresplans, Mißlingen wünsche. Die Eingliederung von 125 Millionen Menschen in den Wirtschaftsprozeß der Welt ist ein Erfolg.“⁹⁵

Unmißverständlich machte er jedoch zugleich deutlich, daß es sich dabei seiner Auffassung nach nicht um einen Erfolg des Sozialismus handelte. In Rußland werde – wie in der frühkapitalistischen Epoche in Deutschland und England – eine Großindustrie auf Kosten der Arbeiter aufgebaut⁹⁶. Solange nicht die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfüge, sondern nur eine Parteigruppe, könne von Sozialismus nicht die Rede sein. „Das Proletariat kann nicht von noch so wohlmeinenden Intellektuellen befreit werden. Aufgeklärter Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bil-

⁹² „Das entscheidende Jahr in Sowjetrußland“, KK Nr. 4 vom 15. 2. 1931.

⁹³ Georg Engelbert Graf: Die Industrialisierung der Sowjetunion. Berlin 1931, S. 4 und S. 32 (Zitat).

⁹⁴ Albert Maurüber: Der Fünfjahresplan und die Aufgaben der Sozialdemokratie, in: KK Nr. 8 vom 15. 4.; O. Jossen: Sowjetrußlands Perspektiven, in: KK Nr. 10 vom 15. 5. 1931.

⁹⁵ Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Leipzig 1931. [Nachdr. Glashütten usw. 1974], S. 17.

⁹⁶ Ebenda, S. 18.

denden neuen Gesellschaft. [...] die tiefste aller Lehren, die wir aus den russischen Verhältnissen ziehen, ist die: ohne Demokratie ist der Sozialismus unmöglich.“⁹⁷ Auch der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, der das Grundsatzzreferat zum Thema „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse“ übernommen hatte, konnte in der Sowjetunion kein zukunftsweisendes Modell erkennen. „Wie man mit einem einzigen Ruck eine Industriewirtschaft vom kapitalistischen auf das sozialistische System umstellen kann, das wissen wir nicht, und darüber gibt uns das russische Beispiel keine andere Antwort, als daß wir es so unmöglich machen können.“⁹⁸

Diese Äußerungen stießen auf starke Ablehnung bei Vertretern der linken Opposition, doch blieb deren Kritik eigentümlich defensiv und unkonkret. Engelbert Graf forderte mehr Sachlichkeit gegenüber der Sowjetunion. Auch in Deutschland gebe es Elend. Wenn man den dortigen Verhältnissen gerecht werden wolle, dürfe man nicht einen Vergleich mit Deutschland anstellen, sondern man müsse das heutige Rußland mit dem zaristischen vergleichen⁹⁹. Fritz Bielick, wie Graf aus dem Leipziger Parteibezirk, wies darauf hin, daß „immer größere Massen von Arbeitern wieder eine gewisse Hoffnung bekommen, wenn sie nach Rußland sehen [...], weil sie glaubten, daß von Rußland aus irgendeine Erleichterung der Wirtschaftskrise kommen könnte“¹⁰⁰. Der Kreis um den *Klassenkampf* teilte diese Hoffnung. Aber weder auf dem Parteitag noch in dem wenig später erschienenen, von Max Seydewitz herausgegebenen Buch „Unsere Stellung zu Sowjetrußland“ wurde erklärt, worin der konkrete Beitrag der sowjetischen Entwicklung zu einer sozialdemokratischen Krisenüberwindungsstrategie bestehen sollte. Tatsächlich hatte sich auf dem Leipziger Parteitag gezeigt, daß der linke Flügel in den wirtschaftspolitischen Forderungen kaum Differenzen mit der Mehrheit hatte¹⁰¹. Der eigentliche Streitpunkt war die Tolerierungspolitik, an deren Stelle die Linke einen entschiedenen außerparlamentarischen Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und sozialpolitischer Errungenschaften durch die Regierung Brüning setzen wollte¹⁰².

Die Sowjetunion nahm in der Strategie der Linken weniger die Funktion eines konkreten Gegenmodells zur kapitalistischen Realität in Deutschland ein, als die eines psychologischen Stimulans, das der Arbeiterschaft Selbstbewußtsein und Kampfbereitschaft verleihen sollte. So erklärte Max Seydewitz in dem Rußlandbuch der Linksopposition, die harten Opfer, die die Arbeiterschaft in der Sowjetunion für die Verwirklichung des Fünfjahresplans zu bringen habe, widerlegten die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus nicht, sondern sprächen im Gegenteil „für die Bereitschaft der Proletarier, für ihren Glauben an und ihren unerschütterlichen Willen für den

⁹⁷ Ebenda, S. 19.

⁹⁸ Ebenda, S. 47.

⁹⁹ Ebenda, S. 55.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 61.

¹⁰¹ Wolowicz, Linksopposition, S. 745 f.

¹⁰² Winkler, Katastrophe, S. 327 f.; Ulrich Heinemann: Linksopposition und Spaltungstendenzen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Bd. 2. Frankfurt a.M. 1978, S. 118–138, hier: S. 123–125.

Sozialismus“¹⁰³. Theodor Hartwig bezeichnete in derselben Publikation die Sowjetunion als „unersetzlichen seelischen Aktivposten für das Weltproletariat“¹⁰⁴. Max Adler rechtfertigte das von ihm nicht bestrittene Elend breiter Massen in der Sowjetunion als unvermeidliche Begleiterscheinung auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft. Die Entbehrungen würden im übrigen durch „den Gewinn an proletarischem Kraftbewußtsein und die Freude, die Anfänge einer neuen Welt selbst mitzuschaffen“, aufgewogen¹⁰⁵. Auch den stalinistischen Terror stufte Adler als Notwendigkeit ein. Auf Abramowitsch' Kritik an Bauer, wenn der Terror für den Fünfjahresplan erforderlich, dieser aber ein Aktivposten für das gesamte Weltproletariat sei, dann sei jeder Kampf gegen den Terror konterrevolutionär, hatte Adler nur die lapidare Antwort bereit, dies sei im Sinne einer marxistischen Entwicklungslehre „sehr richtig“¹⁰⁶.

Derartige Einschätzungen wurden allerdings nicht vom gesamten linken Flügel der SPD geteilt. Das zeigte sich sehr deutlich, nachdem sich der radikale Teil der Linken im Oktober von der SPD abgespalten und die Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP) gegründet hatte. Die zweite Nummer der *Marxistischen Tribüne*, die für die in der SPD verbliebenen Linken den *Klassenkampf* ersetzte (dieser wurde von der SAP weitergeführt), enthielt einen Grundsatzartikel von Otto Jenssen, der schon mit seinem Titel „Bolschewismus oder demokratischer Sozialismus?“ die Alternative benannte, die die radikale Linke durch zweierlei Maßstäbe für Rußland und für Westeuropa hatte auflösen wollen. Jenssen betonte die Untrennbarkeit von Sozialismus und Demokratie¹⁰⁷.

Im Gegensatz dazu stand die Prinzipienklärung der SAP, die auf ihrem ersten Reichsparteitag vom März 1932 beschlossen worden war. Die SAP, zu der inzwischen auch eine Reihe kommunistischer Rechtsabweichler gestoßen war, traf die Aussage, in der Sowjetunion würden unter der Führung der KPdSU die Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Kritik übte die SAP nur an der „Überbürokratisierung der Partei“, an der Nichtachtung der Grundsätze des demokratischen Zentralismus und an der „antileninistischen Theorie von der Möglichkeit, den Sozialismus in einem Lande zu vollenden“. Dem entsprach, daß die SAP sich selbst als Avantgardepartei begriff, die nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut war¹⁰⁸. Arkadij Gurland bezeichnete diese Entwicklung seiner früheren Mitstreiter vom linken Flügel

¹⁰³ Unsere Stellung zu Sowjetrußland. Lehren und Perspektiven der russischen Revolution. Vorw. von Max Seydewitz. Berlin 1931, S. 8.

¹⁰⁴ Theodor Hartwig: Die Bedeutung der Sowjetunion für die proletarische Weltrevolution, ebenda, S. 9–16, hier: S. 11.

¹⁰⁵ Max Adler: Unsere Stellung zu Sowjetrußland, ebenda, S. 157–189.

¹⁰⁶ R. Abramowitsch: Fünfjahresplan und Sozialdemokratie, in: DG 8 (1931) 2. Halbband S. 24–39, hier: S. 36; Max Adler: Der Weg zu einer Internationale der Tat, in: KK Nr. 15 vom 1. 8. 1931.

¹⁰⁷ Otto Jenssen: Bolschewismus oder demokratischer Sozialismus? in: Marxistische Tribüne Nr. 2 vom 20. 11. 1931.

¹⁰⁸ Prinzipienklärung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), beschlossen auf dem 1. Reichsparteitag vom 25.–28. März 1932 in Berlin, in: Luthardt, Sozialistische Arbeiterbewegung, S. 185–190, hier S. 188–190. Zur SAP siehe Theodor Bergmann: Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933, in: Scharrer, Manfred (Hrsg.): Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 162–182, hier S. 174–180; Drechsler, SAPD; Bernd Dieter Fritz: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts“ Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik. Phil. Diss. Bonn 1966.

der SPD als „leninistische Bekehrung“ und „Hinwendung zum bolschewistischen Wunderglauben“¹⁰⁹.

In mancher Hinsicht erinnert die Entwicklung, die zur Gründung der SAP führte, an die Spaltung der USPD. In beiden Fällen war die Einschätzung der Sowjetunion ein wichtiges Orientierungsthema gewesen, wenn sie auch bei der USPD-Spaltung von erheblich größerer Bedeutung gewesen war. In beiden Fällen war der Hinweis auf Unterdrückung und Massenelend in Rußland an einem enthusiastischen Zukunftsglauben abgeprallt. Und schließlich hatte sich in beiden Fällen die politische Labilität der zentristischen Position gezeigt, die für Rußland andere Prinzipien gelten lassen wollte als für Westeuropa. Ein halbes Jahr nach ihrer Gründung war die SAP keine „zentristische“ oder linkssozialdemokratische Partei mehr, sondern eine „rechtskommunistische“¹¹⁰.

Kein „Nichtangriffspakt“ mit der SPD

Die Auseinandersetzung über die Bewertung der Sowjetunion auf dem Leipziger Parteitag fand ein lebhaftes Echo im *Freien Wort*. Dazu trug, neben den Äußerungen der Parteitagsdelegierten, nicht unwesentlich Felix Stössinger bei, der sich im SPD-Diskussionsorgan für einen „aktiven Antibolschewismus“ aussprach. Die SPD dürfe konsequenterweise nicht nur die KPD bekämpfen, sie müsse mit gleicher Entschiedenheit auch den Bolschewismus in der Sowjetunion bekämpfen, war der Kerngedanke von Stössingers Aufsatz. Diese Auffassung richtete sich nicht nur gegen die Anhänger Otto Bauers, die auf dem Parteitag aufgetreten waren. Auch der Aufruf der SAI vom Mai 1930 mit seiner Sorge vor einem Sieg der Konterrevolution schien Stössinger unbefriedigend. Damit würden die Freiheitskräfte, die sich in der Arbeiter- und Bauernschaft gegen das bolschewistische Regime erheben könnten, von vorneherein denunziert. Man könne aber dem russischen Bolschewismus keine Konzession machen, die nicht auch dem deutschen Bolschewismus nütze¹¹¹.

Unter den Leserbriefen zu Stössingers Stellungnahme waren einige, die das Problem der Einstellung zur Sowjetunion mit seiner deutschen Kehrseite, der Einstellung zur KPD, verbanden. Diese Reaktionen fielen durchaus unterschiedlich aus. Georg Bauer aus Konstanz konnte Stössingers Auffassung nicht gutheißen. Die SPD-Anhänger sähen in den Kommunisten nicht vorrangig Mitglieder einer gegnerischen Partei, die dem

¹⁰⁹ Arkadij Gurland: Leninistische Bekehrung der SAP, in: Marxistische Tribüne Nr. 7 vom 1. 4. 1932.

¹¹⁰ In diese Kategorie stuft auch Fritz, KAG im Vergleich mit KPO und SAP, die SAP ein. Von der Komintern und der KPD wurde die SAP allerdings ebenso als „sozialfaschistisch“ bekämpft wie die SPD; Bergmann, Zwischenfeld, S. 178; Theodor Hartwig: Unser Rußlandbuch – eine Schmähschrift gegen Sowjetrußland? in: KK Nr. 2. vom 1. 2. 1932. Das ist insofern von Bedeutung, als die SAP ihre außenpolitische Einstellung ganz aus dem Grundsatz der Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe ableitete. Dies ist ein weiteres Faktum, das der Ableitung des kommunistischen „Sozialfaschismus“-Kurses aus außenpolitischen Interessen der Sowjetunion widerspricht.

¹¹¹ Felix Stössinger: Aktiver Antibolschewismus, in: FW Nr. 27 vom 5. 7. 1931. Stössingers Vorstoß war offensichtlich vom Gedankengut der sozialrevolutionären Emigration beeinflusst, die ihm als „Kontinentalpolitiker“ besonders nahestand. Er zitiert in seinem Artikel auch das französischsprachige sozialrevolutionäre Blatt „La Russie Opprimée“.

Proletariat unermesslich geschadet habe, sondern ihre proletarische Klassengenossen. Der von Stössinger beklagte Mangel an Entschiedenheit bei der Kritik des Bolschewismus resultiere aus dieser klassenmäßigen Verbundenheit. Sie sei auch die Basis des millionenfachen Wunsches nach einer Einheitsfront von SPD und KPD. Ein aktiver Antibolschewismus im Sinne Stössingers würde von diesen Massen nicht verstanden und schärfstens abgelehnt werden¹¹².

Robert Schölz aus Aken, wo die Kommunisten die Mehrheit hatten, forderte dagegen verstärkte Aufklärung über die Verhältnisse in der Sowjetunion, vor allem, um prosovjatischen Sympathien unter jugendlichen SPD-Mitgliedern zu begegnen, die diese anfällig für die Werbung der KPD machten¹¹³. Der Herausgeber des *Freien Wort*, Ernst Heilmann, ließ in seiner abschließenden Betrachtung keinen Zweifel an seinem Standpunkt. „Nach Wort, Programm und Farbe unterscheidet sich die Sowjetdiktatur vom Faschismus; im Wesen und in der Wirkung nicht“, schrieb er¹¹⁴.

Anlässe, die die in der SPD schon seit langem verbreitete Auffassung von der „Zwillingsbruderschaft“ von Kommunismus und Faschismus bestätigten, gab es zur Genüge. So veröffentlichte Anfang März die *Leipziger Volkszeitung* unter der Überschrift „Moskau wünscht Hitlers Sieg“ Auszüge aus einem Sitzungsprotokoll des EKKI. Der Kominternreferent für Deutschland, Manuilski, hatte demnach erklärt, bei der Aufgabe, die sich vorbereitende Intervention gegen die Sowjetunion zu verhindern, könne sogar eine Machtergreifung Hitlers hilfreich sein. Sie müsse zu einem deutsch-französischen Konflikt führen und so Druck von der Sowjetunion nehmen. Die LVZ veranlaßte das im Hinblick auf die bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen zu der Feststellung: „Wer Thälmann wählt, wählt Hitler!“¹¹⁵

Auf Seiten der KPD galt nach wie vor die Devise, der Hauptstoß sei gegen den „Sozialfaschismus“ zu führen. Kleinere Modifikationen dieser Linie mußten dem Außenstehenden weitgehend bedeutungslos erscheinen¹¹⁶.

Angesichts des immer bedrohlicheren Anwachsens des Nationalsozialismus war die Frage, ob Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen seien, von einem Vergleich der Regierungssysteme fremder Länder zu einem eminent praktischen innenpolitischen Problem in Deutschland geworden. Die SPD-Vorstandsmitglieder Breitscheid und Stampfer sahen seit Ende 1931 eine Lösung dieses Problem darin, mit der KPD zu einem Modus vivendi zu kommen, der eine Konzentration aller Kräfte auf den Kampf gegen die Bedrohung von rechts erlaubte. Dahinter stand die klare Einsicht, daß Sozialdemokraten wie Kommunisten von einer Herrschaft der Nationalsozialisten gleichermaßen Schlimmstes zu befürchten hatten, aber auch ein nüchtern-taktisches Kalkül, das der *Vorwärts* knapp so ausdrückte: „Es gibt keine bolschewistische, aber es gibt eine faschistische Gefahr.“¹¹⁷ Stampfer versuchte, die KPD zum Einschwenken auf die von

¹¹² Georg Bauer: Die kommunistische Masse, in: FW Nr. 31 vom 3. 8. 1931.

¹¹³ Robert Schölz: Verwirrt nicht die Jugend, ebenda. Mit ähnlicher Tendenz: Heinrich Fieberling: Kommunisten und Nazi, ebenda.

¹¹⁴ E[rnst] H[eilmann]: A. Jugow: Fünfjahresplan, in: FW Nr. 33 vom 16. 8. 1931.

¹¹⁵ „Moskau wünscht Hitlers Sieg“, LVZ Nr. 52 vom 2. 3. 1932.

¹¹⁶ Hermann Weber: Zur Politik der KPD 1929–1933, in: Scharrer, *Kampflose Kapitulation*, S. 121–182.

¹¹⁷ „Der Feind steht rechts“, *Vorwärts* Nr. 547 vom 22. 11. 1931; Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse*, S. 264.

ihm und Breitscheid vorgeschlagene Linie eines Abwehrbündnisses zu bewegen, indem er die KPD-Führung bezichtigte, die SPD stärker zu bekämpfen als die NSDAP und zugleich relativ wohlwollend über die Anhänger der KPD schrieb¹¹⁸.

Erich Matthias meint, im Rahmen dieser politischen Kampagne habe sich der *Vorwärts* auch aller Angriffe auf Sowjetrußland enthalten¹¹⁹. Auch Franz-Ferdinand Mentzel meint feststellen zu können, seit 1932 sei in der SPD-Presse die Mitarbeit von Menschewiki zurückgegangen und es seien auch weniger Emigrantenquellen bei der Berichterstattung über die Sowjetunion herangezogen worden¹²⁰. Daß eine stärkere Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion Bestandteil von Stampfers Strategie gewesen sein könnte, darauf deutet auch die Feststellung „Wie sie [die deutsche Sozialdemokratie, JZ] grundsätzlich zum Kommunismus steht, weiß alle Welt; sie braucht es nicht alle Tage zu wiederholen [...]“ aus dem oben zitierten Artikel vom November 1931 hin¹²¹.

Dennoch ist festzustellen, daß es einen generellen Verzicht des *Vorwärts* auf Kritik an der Sowjetunion 1932 nicht gegeben hat. Was Mentzels Behauptung bezüglich der menschowistischen Autoren betrifft, so ist sie schwer zu überprüfen, da sich der *Vorwärts* in diesem Jahr ein neues Layout gab, bei dem wesentlich seltener als zuvor Autorennamen genannt wurden. Jedenfalls fallen auch und gerade in die Zeit, in der Stampfer seine Kontakte zur sowjetischen Botschaft aufnahm, also um die Jahreswende 1932/33, einige kritische Artikel des *Vorwärts* über die wirtschaftliche Lage und die Parteisäuberung in der UdSSR¹²².

Immerhin hatte im November 1932 Rudolf Breitscheid, der Stampfers Versuche zur Verständigung mit der KPD vorsichtig stützte, im Parteiausschuß gefordert, man müsse versuchen, die Verhältnisse in Rußland ganz genau kennenzulernen. „Die unterschiedlichen Verhältnisse in Deutschland und Rußland müssen herausgearbeitet werden. Wir müssen auch sagen, was in Rußland gut ist und warum wir das bei uns nicht anwenden können.“¹²³ Breitscheid wollte offenbar durch Aktualisierung der alten zentristischen

¹¹⁸ Z. B. „Eine Woche ‚Rote Fahne!‘ Hetze gegen die Sozialdemokratie 95 Prozent – Kampf gegen Hitler 5 Prozent“, *Vorwärts* Nr. 559 vom 29. 11. 1931; Friedrich Stampfer: Einheitsfront! Ein Ziel – aber wo ist der Weg? in: *Vorwärts* Nr. 285 vom 19. 6. 1932; Friedrich Stampfer: Wieder Bülowplatz. Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration, in: *Vorwärts* Nr. 43 vom 26. 1. 1933.

¹¹⁹ Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ders., Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 101–278, hier: S. 155.

¹²⁰ Mentzel, Publizistik, S. 41.

¹²¹ „Der Feind steht rechts“, *Vorwärts* Nr. 547 vom 22. 11. 1931.

¹²² „Stalins Parteiguillotine“, *Vorwärts* Nr. 481 vom 12. 10. 1932; „Vaterland der Arbeit. Zerstörte Illusionen eines Rußlandgläubigen“, *Vorwärts* Nr. 534 vom 11. 11. 1932; „Die Diktatur säubert“, *Vorwärts* Nr. 584 vom 12. 12. 1932; „Sowjet-Paßzwang“, *Vorwärts* Nr. 611 vom 28. 12. 1932; „Facharbeiter in Rußland“, *Vorwärts* Nr. 612 vom 29. 12. 1932; „Stalins Bilanz. Licht und Schatten in der Sowjetunion“, *Vorwärts* Nr. 17 vom 11. 1. 1933; „Stalins Agrarsorgen“, *Vorwärts* Nr. 28 vom 17. 1. 1933. Fritz Heine, der zu jener Zeit technischer Leiter der Werbeabteilung des SPD-Vorstandes war, teilte dem Autor dazu mit: „Nach meiner Erinnerung habe ich keine Schrift (Broschüre, Flugblatt usw.) herausgegeben, die bewußt Zurückhaltung gegenüber der SU geübt hätte. Aber: man muß bedenken, daß damals die Nazis ja unser Hauptgegner waren und daß ich bei der Begrenztheit unserer Mittel mich auf die nächstliegenden Ziele einzuschließen hatte.“ (Brief vom 26. 1. 1990)

¹²³ Hagen Schulze (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33. Bonn 1975, S. 46.

Position, die durch Otto Bauers jüngere Schriften erneut an Bedeutung gewonnen hatte, der Verständigung mit der KPD die Wege ebneten. Artur Crispien, der die Spaltung der USPD unter dem Eindruck der Faszination durch Sowjetrußland als einer der Hauptakteure erlebt hatte, warnte davor, für Rußland und Westeuropa unterschiedliche Maßstäbe anzulegen: „Das ist im Grunde genommen in der Konsequenz eine Rechtfertigung des Bolschewismus. Wenn er in Rußland gerechtfertigt ist, dann ist er auch für das westliche Europa gerechtfertigt.“ Die Einheitsfront konnte nach Crispiens Meinung allenfalls auf internationaler Ebene ausgehandelt werden. Dazu fehlten aber die Voraussetzungen. Die Stimmgewinne der KPD und vor allem die nach Crispiens Einschätzung „katastrophale“ Lage in der Sowjetunion wirkten im Gegenteil auf eine Verschärfung des antisozialdemokratischen Kurses hin. Die Nichtangriffsverträge dienten der Absicherung gegen äußere Gefahren, um umso entschiedener einem weltrevolutionären Kurs folgen zu können¹²⁴.

Trotz solcher Einwände nahm Friedrich Stampfer im Herbst 1932 auf eigene Initiative, aber mit Wissen des SPD-Vorstandes Kontakt zur sowjetischen Botschaft auf. Er erklärte Botschafter Chinčuk¹²⁵, er wolle das Verhältnis der SPD zur sowjetischen Regierung „normalisieren“. Stampfer argumentierte, es sei widersinnig, daß die Sowjetunion zu den kapitalistischen Staaten und auch zur deutschen Reichswehr gute Beziehungen unterhalte, während sie sich gegenüber den Sozialdemokraten als Todfeind geriere. Eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien in Deutschland müsse gerade in ihrem Interesse sein. Chinčuk erklärte, er wolle mit Stampfer in Fühlung bleiben, und es kam zu einigen Begegnungen mit dem Botschaftssekretär Vinogradov, bei denen Stampfer seinen Standpunkt weiter vertrat¹²⁶. Offenbar als flankierende Maßnahmen dazu dienten zwei Artikel im *Vorwärts* vom 25. Januar und vom 11. Februar 1933, in denen unter Hinweis auf die Nichtangriffspakte, die die Sowjetunion 1932 mit osteuropäischen Staaten und mit Frankreich abgeschlossen hatte, eine entsprechende Übereinkunft zwischen den Parteien der III. und der II. Internationale angeregt wurde¹²⁷. In einer Sitzung des Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB am 5. Februar plädierte Stampfer für ein Gesprächsangebot an die Kommunisten über die Frage des Generalstreiks, er blieb damit jedoch in der Minderheit. Insbesondere Hilferding und Dittmann widersprachen scharf¹²⁸. Wie sich Josef Felder erinnert, der im November 1932 in den Reichstag gewählt wurde, berichtete Stampfer auch der Reichstagsfraktion von seinen Sondierungen. Die Mehrheit habe das mit Skepsis aufgenommen. Man sei nicht gegen die Initiative gewesen, habe aber nicht an einen Erfolg geglaubt, da man an der Aufrichtigkeit der Kommunisten zweifelte¹²⁹.

¹²⁴ Ebenda, S. 67.

¹²⁵ Chinčuk war ein ehemaliger Menschewik und erst 1920 zu den Bolschewiki übergetreten. Er verstand sich als Wirtschaftsfachmann und hatte den Berliner Botschafterposten im Dezember 1930 nur widerstrebend übernommen, weil er sich der politischen Seite dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlte; Niclauss, Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung, S. 44.

¹²⁶ Stampfer, Erfahrungen, S. 264; Matthias, SPD, S. 156 f.

¹²⁷ „Nichtangriffspakt. Warum nur mit kapitalistischen Staaten?“, *Vorwärts* Nr. 42 vom 25. 1. 1933; Friedrich Stampfer: Einheitsfront. Offener Brief an die kommunistischen Arbeiter, in: *Vorwärts* Nr. 71 vom 11. 2. 1933.

¹²⁸ Schulze, Anpassung, S. 161–165, insbes. S. 163 f.

¹²⁹ Freundl. Auskunft von Josef Felder (Gespräch am 10. Oktober 1988).

Die Skepsis war berechtigt. Kurz vor dem Reichstagsbrand erklärte Vinogradov Stampfer, weitere Unterhaltungen hätten wenig Sinn, da man in Moskau überzeugt sei, die Machtübernahme Hitlers sei ein notwendiges Durchgangsstadium zum Sieg des Kommunismus in Deutschland¹³⁰.

¹³⁰ Matthias, SPD, S. 157; Stampfer, Erfahrungen, S. 264. Stampfer schreibt hier, die letzte Unterredung mit Vinogradov hätte im Januar stattgefunden. Matthias beruft sich jedoch auf einen Aufsatz Stampfers vom November 1933, dessen Datierung auch wegen der weiteren Zusammenhänge wahrscheinlicher erscheint.